



# Positionspapiere des Virtuellen Netzwerks der CDU Hessen

## Die Weichen für unsere europäische Zukunft bewusst stellen: BREXIT-Debatte als Brennspeigel weiterer Integration

Wenn die Bevölkerung Großbritanniens am 23. Juni über den Verbleib in der Europäischen Union entscheidet, stellen sich damit nicht nur die Weichen für das Verhältnis des Vereinigten Königreichs zu den übrigen Mitgliedstaaten der EU. Es geht bei dieser Abstimmung auch um die Frage der Unumkehrbarkeit der europäischen Integration und um die Beherrschung bestehender Fliehkräfte. Damit besitzt die BREXIT-Frage hohe Symbolkraft und kann potentiell große Sogeffekte auf andere Mitgliedsländer der EU bewirken. Dies hätte weitreichende Folgen für den europäischen Einigungsprozess, wie auch für die europäische Wirtschaft – wenn auch nicht nur von Nachteil für den Finanzplatz Frankfurt.

Die CDU ist die Europapartei Deutschlands. Der Einsatz für ein vereintes Europa gehört untrennbar zu den Grundpfeilern ihrer Politik seit 1945. Europäische und deutsche Politik sind seit Gründung der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Fortentwicklung hin zur Europäischen Union mit 28 Mitgliedstaaten eng verwoben. Insbesondere die Überwindung nicht nur der deutschen Teilung, sondern auch der europäischen Spaltung stellt jedoch eine Verantwortung für die deutsche Politik dar: Die europäischen Werte zu wahren und einen Beitrag zu leisten zu einer stabilen und zukunftsfähigen Union, die zuvorderst den europäischen Bürgerinnen und Bürgern dient.

In diesem Verständnis fordert das Virtuelle Netzwerk sich bereits jetzt – im Vorfeld des GBR Referendums – mit möglichen Optionen auseinanderzusetzen und fernab von Denkverboten Weichenstellungen für die weitere Entwicklung der Europäischen Union zu ermöglichen. Folgende Szenarien kommen dabei aus Sicht des Virtuellen Netzwerks in Betracht:

1. Im Falle eines Austrittsvotums der britischen Bevölkerung gilt es zunächst, ein klares Bekenntnis zu fortgesetzter Integration abzugeben um damit ein starkes Signal innerhalb und außerhalb der Europäischen Union zu senden. Dabei gilt es gleichwohl die Parameter für den inneren Zusammenhalt richtig zu setzen und Mitgliedstaaten nicht zu überfordern. Die Balance zwischen dem Wünschenswerten und dem realistisch Umsetzbaren sollte somit Richtschnur des Handelns sein.  
Dies bedeutet: Wir benötigen eine doppelte Strategie aus Vertiefung bei gleichzeitiger Flexibilisierung. Das Virtuelle Netzwerk fordert daher, unmittelbar eine Diskussion über eine derartige Strategie anzustoßen, die zwei Bedingungen berücksichtigt:
  - Einerseits brauchen wir eine gemeinsame Initiative zur weiteren Vertiefung der Europäischen Union. Diese sollte möglichst gemeinsam mit Frankreich eingeleitet werden und kann auch im Kreise nur einiger Mitgliedstaaten erfolgen. Das Virtuelle Netzwerk setzt sich dafür ein, in diesem Zusammenhang das Feld der gemeinsamen Verteidigungspolitik zu wählen – ein Bereich, dessen Vertiefung in der Vergangenheit vornehmlich aufgrund britischer Vorbehalte blockiert war, und an dem zahlreiche Mitgliedstaaten – insbesondere auch im mittel- und osteuropäischen Raum – großes Interesse haben.
  - Andererseits müssen wir anerkennen, dass durch die unterschiedlichen Integrationsgrade der Mitgliedstaaten in der Wirtschafts- und Währungspolitik, im Schengen-Raum oder bestehende opt-outs im Bereich der Justiz- und Innenpolitik bereits jetzt ein Modell differenzierter Integration besteht. Das Virtuelle Netzwerk fordert, dies zu einer Stärke Europas zu machen, statt darin eine Schwächung des europäischen Gemeinschaftsgefühls zu sehen.



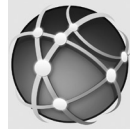
2. Ein weiterer Ausbau dieses Modells würde es einer Gruppe integrationswilliger Staaten ermöglichen, weiter voranzuschreiten. Es würde aber auch denjenigen Mitgliedstaaten Spielräume geben, die sich zwar zum Wesenskern der EU – insbesondere ihrer gemeinsamen Grundwerte – bekennen, gleichzeitig aber einen weiteren Integrationsgrad scheuen. Inhaltlich würde eine solche Flexibilisierung ermöglichen, längst überfällige Schritte im Rahmen einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik zu gehen, die als Voraussetzung einer erfolgreichen gemeinsamen Währungspolitik unerlässlich ist.
3. Auch sollte Großbritannien für den Verbleib in der EU stimmen – wie aktuell zu erwarten ist – kann es kein einfaches „weiter so“ geben. Das Virtuelle Netzwerk fordert, die Erfolgsgeschichte europäischer Integration fortzuschreiben, dabei aber auch auf die Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten Rücksicht zu nehmen, die in der BREXIT-Debatte offenbar geworden sind. Auch in diesem Falle könnte die Möglichkeit differenzierter Integration ausgebaut werden, für die bereits die Verträge entsprechende Verfahren vorsehen.

Europäische Politik ist Motor für Wohlstand, sie steht für Verantwortung in der Welt und Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander. Wir müssen nun die Voraussetzungen dafür schaffen, dass diese Politik auch weiterhin wirken und zu ihrer Stärke zurückfinden kann. Der europäische Leitspruch „Einheit in Vielfalt“ bietet dabei wertvolle Orientierung.

## **Zusammenschluss der Deutschen Börse AG und der London Stock Exchange nur bei Hauptsitz in Deutschland**

Das Virtuelle Netzwerk der CDU Hessen bezieht Position zur geplanten Fusion der Deutschen Börse AG und der London Stock Exchange. Unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen in Landes-, Europa- und Wirtschaftspolitik sprechen wir uns für folgende Punkte aus:

1. Ausgehend von wirtschaftlichen Überlegungen unterstützen wir grundsätzlich eine Fusion der Deutschen Börse AG und der London Stock Exchange.  
Im internationalen Wettstreit, vor allem mit den Mitbewerbern aus den USA und China, wäre die Fusion ein guter Schritt hinsichtlich der Konkurrenz- und Wirtschaftsfähigkeit des europäischen Finanzmarktes. Sie würde die Position der Deutschen Börse AG und der London Stock Exchange als größte nationale Börsen Europas stärken. Auch die potentiellen Einsparungen von Kosten in Höhe von circa 250 bis 400 Millionen Euro wären zu begrüßen. Jedoch liegt es nicht in unserem Interesse, die Entscheidung über die Fusion allein von betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten abhängig zu machen. Vielmehr sollte die Frage nach dem möglichen Standort den Kern der Debatte ausmachen. Sowohl auf Landes- als auch auf Europaebene.
2. Mit Blick auf das Land Hessen und den Finanzplatz Frankfurt muss hier auch Standort für den Hauptsitz der neuen Gesellschaft sein!  
Im Interesse der Landesregierung wie auch der Bundesregierung muss es liegen, die Strukturen in Deutschland zu stärken. Frankfurt ist nicht nur Sitz der Europäischen Zentralbank oder von Aufsichtsbehörden. Hier sind ebenso alle international bedeutsamen Bankhäuser angesiedelt. Das mittelfristige Abwandern der Deutschen Börse AG nach London würde erhebliche Folgen für den Finanzplatz Frankfurt haben. Darüber hinaus sollte Ziel der politischen Überlegungen vor allem die Sicherung der Arbeitsplätze und der Wirtschaftskraft in Frankfurt und Hessen sowie der Entwicklungsperspektiven des Finanzplatzes sein!



3. Auch in Anbetracht der weiteren Entwicklung Großbritanniens ist ein möglicher Hauptsitz der neuen Gesellschaft in London fraglich.

Sowohl der Verbleib in der Europäischen Union wie auch ein möglicher Austritt haben massive Auswirkungen auf die weitere Entwicklung des Finanzplatzes: Mit Sitz der Fusionsgesellschaft in einem europäischen Großbritannien befände sich diese zwar noch in der EU, jedoch nicht mehr in Deutschland und außerhalb der Eurozone. Börsentätigkeit in Deutschland ist gemäß Börsengesetz eine öffentlich-rechtliche Aufgabe. Deshalb ist die Deutsche Börse AG nur Träger öffentlich-rechtlicher Börsen wie der Frankfurter Wertpapierbörse und der Eurex.

Sollte Großbritannien jedoch aus der Europäischen Union ausscheiden, so würde bei einem möglichen Sitz der Fusionsgesellschaft in London ein großer Finanzpartner nicht nur aus der Eurozone, sondern auch aus dem unmittelbaren Einflussgebiet der EU verschwinden. Natürlich muss die EU-Kommission weiterhin über einen möglichen Zusammenschluss entscheiden. Jedoch ist durch die britische Seite die Standortfrage ohnehin bereits politisch vorgegeben: Vorbedingung seitens der Regierung Cameron ist London als Standort der Fusionsgesellschaft. Nach einem Brexit wäre das Verhältnis in Politik und Wirtschaft zu Großbritannien ein großer Unsicherheitsfaktor. Im Fall eines Brexit möchten wir also die Deutsche Börse und vor allem ihre öffentlich-rechtlichen Funktionen nicht im EU-Ausland wissen! Dies betrifft dann nicht mehr nur die bloße Entscheidung über eine Fusion, sondern auch die Aufsichtspflicht gegenüber dieser öffentlich-rechtlichen Funktionen der Deutschen Börse AG in Deutschland und Hessen.

Das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung des Landes Hessen muss sich, als zuständige Börsenaufsichtsbehörde, mit den rechtlichen Gegebenheiten einer Fusion und der Sicherstellung der Fortentwicklung der Börsen auseinandersetzen. Als Virtuelles Netzwerk der CDU Hessen sprechen wir uns angesichts der Mehrheitsverhältnisse und hinsichtlich der gesetzlichen Forderung nach einer Durchführung und angemessene Fortentwicklung des Börsenbetriebes für einen Sitz der neuen Holding in Frankfurt am Main aus.